

Für ganz Großbritannien und Irland nimmt Bestellungen entgegen die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 3 Brook Street Grosvenor Square, London, W., und 32 Princess Street, Manchester.

Preis pro Quartal 1 R. 15 Sch., auswärts 1 R. 20 Sch.

Insertionsgebühr 1 Sch. pro Zeile oder deren Raum.

Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retzmeier, Alexandrinestr. 40; in Leipzig: Heinrich Hübner; in Altona: Haasenstein & Vogler.

Danziger

Organ für West- und Ostpreußen.



Zeitung

Amtliche Nachrichten.

Se. Königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allerhöchst genehmigt:

Dem Maler Ernst Resch in Breslau ist das Prädistat „Professor“ verliehen; und dem ordentlichen Lehrer Johann Peter Schmidt an dem Gymnasium zu Trier ist das Prädistat eines Oberlehrers beigelegt worden.

Bei der heute fortgesetztenziehung der 2ten Klasse 121ster Abniglicher Klassen-Lotterie fiel 1 Gewinn von 4000 Thlr. auf Nr. 24,260. 2 Gewinne zu 600 Thlr. fielen auf Nr. 52,077 und 64,518. 2 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 662 und 17,212 und 3 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 39,071, 53,986 und 56,416.

Berlin, den 15. Februar 1860.
Königliche General-Lotterie-Direction.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

London, 15. Febr. Die heutigen "Daily news" theilen mit, daß die Freunde Derby's in einer gestern stattgehabten Zusammenkunft beschlossen haben, nichts zum Sturze des Kabinetts beizutragen, das Budget jedoch in drei Punkten, der Einkommensteuer, Aufhebung der Papiersteuer und Erleichterung der Bierlicensen, und den Handelsvertrag mit Frankreich in dem einen Artikel bezüglich der Kohlenaufbau anzugehen.

Wien, 15. Febr. Es wird authentisch versichert, daß der Analyse einer angeblichen Antwort Seitens Österreichs auf die letzte Depesche Thouvenel's kein österreichisches Altenstück zu Grunde liege.

Dresden, 15. Febr. Das heutige "Dresdner Journal" enthält eine Correspondenz aus Wien, nach welcher Frankreich den Papst aufgefordert habe, er selber möge Vorschläge zur Regelung der Verhältnisse der Romagna machen.

London, 14. Februar. In der heutigen Sitzung des Unterhauses antwortete Lord John Russell auf eine desfallsige Anfrage James, daß die Reformbill am 1., 2. oder 5. März eingebrochen werden solle. Auf eine Interpellation Griffiths äußerte derselbe, er wisse nicht, ob Aufstellen getroffen seien, um die französische Armee unmittelbar in aktiven Zustand zu bringen; er glaubt die Kavallerie sei reducirt gewesen, und es sei daher die Ausfüllung der Lücken in derselben nothwendig geworden.

Im Oberhause forderte Lord Normanby die Mittheilung der Instructionen für den englischen Gesandten in Florenz, welcher dem offiziellen Neujahrsempfange Buoncompagni's beigebracht habe. Lord Normanby behauptete, es herrsche in den italienischen Herzogthümern Anarchie. Lord Granville versprach die Mittheilung der betreffenden Papiere, widersprach, daß Anarchie herrsche und sagte, daß dem englischen Gesandten keine Instruction ertheilt worden sei. Buoncompagni officiell anzuerkennen. Er sei angewiesen worden, sich auf dieselbe unoffizielle Weise zu verhalten wie dem Vorgänger Buoncompagni's gegenüber. Lord Malmesbury sagte, die vorhergegangene Regierung habe auch die italienische Unabhängigkeit gewünscht, hätte dieselbe aber nicht um den Preis der Einverleibung Savoyens und Nizza's an Frankreich erstrebt. Elanricarde behauptete, die öffentliche Meinung in Europa mache die Einverleibung Savoyens unmöglich. Lord Car-

digan wünscht die Zurückziehung der französischen Truppen aus Norditalien. Lord Derby fragt an, ob die dem Unterhause mitgetheilten Papiere die jüngsten Aufklärungen bezüglich Savoyens enthalten und ob Lord Granville die gegenwärtigen Absichten des Kaisers Napoleon auf Savoyen kenne, auch wie die Regierung dieselben beurtheile, und welche Correspondenz seit Juli vorigen Jahres darüber geführt worden sei. Lord Derby fragt ferner, ob der englische Gesandt in Florenz Corbet bei dem Empfange Buoncompagni's den ihm ertheilten Instructionen entgegen gehandelt habe. Lord Granville erwiderte, die Correspondenz mit Frankreich bezüglich Savoyens diente noch fort. Was er in voriger Woche mitgetheilt, sei die neueste Antwort des Kaisers Napoleon gewesen. Die Instructionen Corbet's hätten nur dahin gelautet, Buoncompagni ganz so wie seinen Vorgänger zu behandeln. Lord Wodehouse fügte hinzu, Corbet sei nicht im offiziellen Charakter aufgetreten, aus seinem Benehmen gehe nicht die Anerkennung Buoncompagni's hervor. Lord Ellenborough behauptete, der König von Sardinien habe nicht das Recht, Savoyen ohne Zustimmung der Mächte, durch welche er es zurückhalten, abzutreten.

Kopenhagen, 14. Febr. Der Bischof Monrad hat sich zur Bildung eines neuen Kabinetts bereit erklärt und wird Ende dieser Woche aus Paris hier eintreffen.

Die Umgestaltung des Preußischen Heereswesens.

Der zehnte Februar ist ein Tag, der, wenn nicht alle Zeichen trügen, noch in ferner Zukunft den Menschen als einer der denkwürdigsten in der preußischen und der deutschen Geschichte erscheinen wird. An diesem Tage ist dem preußischen Volke und seinen Abgeordneten eine Frage gestellt worden, deren Beantwortung folgenreicher und zugleich schwieriger ist, als die Antwort auf irgendeine andere Frage, die jemals, so weit unser Gedächtnis zurückreicht, von irgend einer Regierung an irgend eine Volksvertretung gestellt ist. Folgenreicher ist sie, weil von dem richtigen Ja und dem richtigen Nein nicht blos die materielle Wehrkraft, nicht blos die äußere Existenz unseres Volkes, sondern seine ganze sittliche Zukunft, die Fortdauer und freie Fortentwicklung des deutschen Volksgeistes und damit zugleich die Möglichkeit abhängt, daß die europäische Menschheit auch serner noch über die nächsten Zwecke des äußeren Wohlbefindens hinaus zu jenen idealen Zielen hinzustreben vermöge, nach denen mit jeder höchsten Kraft zu ringen dem Leben der Völker wie der Einzelnen allein einen wahren, einen unvergänglichen Inhalt und einen unsterblichen Werth verleiht. Aber jene Frage ist auch schwieriger, wie jede andere, weil es bei ihr nicht auf ein bloßes Entweder Oder, nicht darauf ankommt, sie entweder mit Ja oder mit Nein zu beantworten, sondern weil zwar in Betreff der Hauptpunkte die rechte Antwort ohne allen Zweifel ein lautes und entschiedenes Ja sein muß, aber ein Ja, das, wenn es die Frage zum Heile und nicht zum Verderben des deutschen Volkes lösen soll, erst gesprochen werden darf, wenn die Regierung selbst erst manche Gegengröße beantwortet, manche Gegefordernisse bewilligt hat. Das rechte Ja zur rechten Stunde aber wird gefunden und wird gesprochen

werden nur von Männern, die den Muth haben, jede falsche oder schwache, jede scheinkluge Rücksicht, die sie sonst wohl bestreiken möchte, wenigstens in der wichtigsten Angelegenheit, die im Laufe ihres Lebens an sie herangetreten ist, weit von sich zu werfen. Wenn irgendwo, so wird hier klug nur derjenige handeln, der Mann genug ist, um furchtlos der Wahrheit ins Angesicht zu schauen, mit freudigem Muth sie auszusprechen und in seinen Thaten an ihr festzuhalten, welches schmeichelnde Wort oder welcher Zorn und welche Drohungen auch sein Pflichtgefühl zu erschüttern sich bemühen mögen.

So wollen auch wir der Wahrheit die Ehre geben, weil wir, soweit unsere schwachen Kräfte reichen, damit allein unserm Volke und seinem Fürsten zu dienen vermögen. Wohl wissen wir, daß es leichter ist, in den Blättern einer Zeitung furchtlos zu reden, als im Saale der Abgeordneten. Aber Niemand ist zu dem Amte eines Volksvertreters gezwungen worden, und mit gutem Gewissen hat es nur der übernehmen können, der den Willen und den Muth in sich fühlt, nicht erst, wie jener Griechen, den König, der seinen Rath hören wollte, zu fragen, ob er die Wahrheit sprechen solle, oder was seinen Ohren angenehm zu hören wäre, sondern unangenehme Wahrheiten auch ohne Erlaubniß zu sagen.

Die allgemeine Vorfrage, ob die preußische Heeresmacht in diesem Augenblicke so organisiert ist, daß dieselbe, wenn die Lage der Dinge es erheischt, sofort in diejenige Thätigkeit versetzt werden kann, deren es bedarf, wenn Preußen die großen Aufgaben seiner deutschen und seiner europäischen Politik rechtzeitig, ja, wenn es sie überhaupt lösen soll, müssen wir, abgesehen von den technischen Gründen, die die Motive der Regierungsvorlage angeben, und deren vollständige Würdigung wir competenten Richtern überlassen, schon darum verneinend beantworten, weil wir in ihren Einrichtungen und Zuständen so viele Hemmungen der freien Entfaltung deutscher Intelligenz und deutscher Manhaftigkeit, die etwas mehr ist, als die bloße militärische Tapferkeit, erblicken, daß wir das jetzige Heer nur in sehr beschränktem Sinne als „das Volk in Waffen“ betrachten können. Doch bevor wir diesen Punkt näher in Betracht ziehen, wollen wir denen gegenüber, die vorzugsweise vor der Budgeterhöhung von fast zehn Millionen zurücktreten, unsere Meinung auf das Bestimmteste dahin aussprechen, daß, sofern aus technischen Gründen bewiesen wird, daß die notwendige Kriegsbereitschaft unseres Volkes mit geringeren Kosten nicht hergestellt werden kann, wir von unsrer Vertretern die ungeschmälerte Bewilligung dieser Summe als einen dringenden Pflicht fordern werden. Als vor 120 Jahren König Friedrich Wilhelm I. den preußischen Thron auf seinem großen Sohn vererbte, hinterließ er ihm in einem Lande von 3½ Millionen Einwohner ein stehendes Heer von 70,000 Mann, und nur mit Hilfe dieses Heeres hat der große Friedrich unser Preußen erhalten und es zu dem machen können, was es für Deutschland und Europa gewesen ist, und was es unter weiser und tüchtiger Leitung wieder, und zwar in noch höherem Maße, werden kann und werden muß. Wenn das preußische Volk damals jene Last zu ertragen vermochte, so kann es heute, da es gerade fünf Mal zahlreicher und da die Arbeit jedes einzelnen Mannes wohl auch fünf Mal produktiver geworden ist, sicherlich mit geringeren

auf das Wesen der beginnenden Handlung vor. In den allerhöchsten Chören der Geigen beginnend, scheint sich in der an Harmonie und Instrumentation sich steigernden Fülle des geheimnisvoll klingenden Motivs dasselbe immer mehr und mehr unsern Sinnen zu nähern. Nachdem es bis zum schwungvollsten Fortissimo angewachsen ist, schwindet es wieder zurück in das Geheimnisvolle seines Ursprunges.

Die Scene eröffnet sich unserm Augen und an den Ufern der Schelde (bei Antwerpen) hat König Heinrich der Vogler seine Edeln und Reisige um sich versammelt. Die ganze große Scene ist hier ausschließlich recitativisch und selbst die Zwischenfälle des theilnehmenden Chors enthalten kein besonders hervortretendes musikalisch Motiv. Die lange, von Telramund gegen Elsa vorgebrachte Klage, welche sie des Brudermordes zeigt, bewegt sich in schöner Declamation und der sehr gehoben Schlüß „Du hörst die Klage! König, richte recht!“, hebt sich in seinem sehr energischen Ausdruck sehr imponirend hervor und macht den darauf folgenden kleinen Chorsatz in seiner unheimlichen Stimmung um so wirksamer.

Mit Elsa's Auftritt verändert sich die Stimmung der ganzen Scene. Die harten, ehemalen Klänge, welche bis dahin in Wort und Ton die Herrschaft übten, weichen dem Ausdruck sanfter Träumerie, in deren rosigem Lichte die Rüstungen und Lanzen der rauen Krieger zu erglänzen scheinen. Der Anfang Elsa's geht ein von Oboen und Cell's unisono geführtes Motiv voran, welches unübertrefflich schön in süß röhrender Weise auf das Erscheinen der Lieblichen vorbereitet. Dieser Ton sanfter Klage und stillen Dulds tritt auch ferner noch an die Stelle der Worte, denn auf dreimaliges Befragen des Königs antwortet sie nur durch Geberde. Das erste Wort der Klage gilt ihrem armen Bruder, nicht ihrer Vertheidigung. Dieser Ton sanfter Verklärung zieht sich auch ferner durch den Vortrag ihrer Vision, er steigert sich endlich mit der gegen den Schlüß eintretenden Harfe bis zum Ausdruck hoher frommer Begeisterung. Diese ganze Scene ist ein reiner kostbarer Edelstein in dem Werke, eine

Schöpfung voll höchster Poesie und süßem Zauber. Mit der Noth der Angelagten wächst endlich ihre Beredsamkeit, welche sich mit dem Schlüsse des Gebets in den Worten: „Läß mich ihn sehen, wie ich ihn sah“, zur Leidenschaftlichkeit steigert.

Das neue Interesse, welches mit Lohengrins Erscheinen in die Handlung tritt, ist auch musikalisch zum treffenden Ausdruck gebracht. In dem Chor beim Nahen des Schwans „Seht, seht, welch' seltsam Wunder!“ leuchtet die Absicht des Componisten hervor, dem lebhaften Erstaunen und Durcheinander der Bewunderungsruhe den natürlichen Ton der wirren Bewegung zu verleihen. Ob dies aber für den Musiker eine geeignete und in dieser Weise überhaupt zu lösende Aufgabe ist, muß wohl bezweifelt werden, abgesehen von den unerhörten Schwierigkeiten, welche damit dem Chor aufgebürdet werden. Die ganze hieran sich schließende große Scene ist sowohl dramatisch wie musikalisch schön ausgeführt. Besonders bedeutsam hat Wagner das Gebot, welches Lohengrin der Elsa auferlegt, hervorgehoben „Nie sollst Du mich befragen.“ Die mit der großen Terz in Dur abschließende Wendung des in Moll beginnenden Motivs ist zwar nicht neu, aber hier charakteristisch. Daß Wagner diese Stelle gleich mit kräftigem Nachdruck wiederholen läßt, ist sowohl berechtigt in der Situation, als auch vortheilhaft für das im zweiten Akt besonders ausgebaute Motiv, welches sich hier gleich dem Hörer bedeutungsvoll einprägen soll.

Der hohe edle Schwung, die ebenso tiefe als reine, erhobene Empfindung, welche in den Worten „Elsa, ich liebe Dich!“ ausgedrückt ist, trägt wieder den Stempel der höchsten Begabung, welche Wagner für den reinen und unendlich wahren Ausdruck solcher Empfindungen besitzt. Als besonders großartig ist aus diesem an Schönheiten überreichen Alter das Thema hervorzuheben, welches vor dem Schlüß-Allegro in den Worten „des kleinen Arm gibt Heldenkraft“ mit mächtigem und gewaltig erregendem Schwung sich emporhebt und jedenfalls den prachtvollen Ensemblezug der Oper bildet. (Schluß folgt)

F Wagner's Lohengrin.

(Siehe Nr. 517, 522, 524, 525.)

V.

Nachdem wir im Anfange dieser kritischen Besprechung die allgemeinen Prinzipien Wagner's und die Eigenthümlichkeiten seiner Musik erörtert haben, ist in Bezug auf die Oper „Lohengrin“ insbesondere kaum noch Erhebliches hinzuzufügen. „Lohengrin“ ist dasjenige unter den musikalischen Kunstwerken des Componisten, von welchen er selbst erklärt, daß dasselbe am besten seinen Absichten in Betreff des musikalischen Dramas, welches er im Sinne hat, entspräche. Wer mit Liebe und Einsicht es vermocht hat, die Wagner'schen Intentionen sich zu eigen zu machen, wer mit klarem Bewußtsein den Standpunkt des Dichters und Componisten einzunehmen und zu würdigen vermag, der wird auch vielleicht von dem einheitlichen Werthe des „Lohengrin“ tiefer durchdrungen sein, als vom „Tannhäuser“, da in dem Letzteren noch nie und da ein fühlbarer Zwiespalt des neuen Gedankens und Willens mit dem hergebrachter Opernhaften herrscht, wiewohl — und zwar eben deshalb — im „Tannhäuser“ die vielen Schönheiten heller, herausfordernd hervortreten, als in dem weit sternenreichen „Lohengrin“. Da sich Wagner im „Lohengrin“ schon gänzlich losgerissen hat von Allem, was er in dem bisher beliebten Opernstyl befämpft, so empfinden wir hier auch nicht mehr so empfindlich das Kämpfen und Ringen gegen das Hergebrachte; „Lohengrin“ hat sich schon weit mehr von diesen Spuren der mühevollen Arbeit emanzipiert und tritt uns als ein fertigeres Kunstwerk entgegen, das nicht mehr kämpfen, sondern da sein will. Freilich kommt dabei diesem neuern Werke zu Statten, daß wir auf dasselbe durch „Tannhäuser“ genugsam vorbereitet sind. Der Dichter selbst mußte ferner dem Musiker kräftiger beistehen und er hat in dem sehnischen Zuschnitt des Textes die Absichten des Musikers wesentlich gefördert, wie ohne diese Vereinigung des Dichters und Musikers in einer Person ja Wagner's schöpferische Thätigkeit unmöglich wäre.

Die orchestrale Introduction bereitet den Hörer, sogleich

Opfern gegen 200,000 Mann unter den Waffen und gegen 300,000 andere in steter Kriegsbereitschaft halten. Aber gesagt, die Last, welche das neue Gesetz uns auferlegen sollte, drücke eben so schwer, ja noch schwerer auf uns, als das, was der geistige König, der vor 120 Jahren in das Grab sank, unseren Vorfahren auferlegt hat; gesagt, wir müssten, um eine solche Streitmacht erhalten zu können, zu derselben düftigen Lebensweise zurückkehren, die uns heute fast wie ein Nährchen erscheint, so müssten wir auch das mit Freuden auf uns nehmen, da nur die am höchsten gespannte Kriegstüchtigkeit uns, wie jene Motive andeuten, gegen die Gefahren sicher stellen kann, mit denen die, freilich durch die Mischung des Herrn v. Mantuoffel und seiner Genossen, erst möglich gewordene Napoleonische Politik uns und ganz Europa bedroht.

Doch, wie schon gesagt, die technische Seite der Sache zu erörtern und ebenso die Kostenrechnung zu prüfen, überlassen wir anderen Federn. Uns und hoffentlich jedem vaterlandsliebenden Mann kommt es vor allen Dingen darauf an, uns selbst und, wenn es möglich ist, auch denen, in deren Hand die Entscheidung liegt, die Bedingungen nahe zu legen, ohne deren Erfüllung auch das technisch am besten organisierte Heer doch nur ein gebrechliches und selbst ein gefährliches Werkzeug in den Händen seiner Führer sein wird.

Landtags-Verhandlungen.

Pl. B. Siebente Sitzung des Herrenhauses am 15. Februar.

Am Ministerisch die Herren: Simons, v. Bethmann-Hollweg, v. Auerswald und der Fürst v. Hohenzollern.

Hr. Hasselbach: Ich möchte die Gegensätze bezeichnen als den Kampf der Hierarchie mit dem Staat. Zwischen diesen beiden stehen die Vertreter einer dritten Partei, welche Ammendements gestellt haben. Stahls Erklärungen von 1849 bleiben aber als Thatache stehen und ans ihnen erhebt, daß Ausbildung der Verordnung von 1847 nötig sei. Gegen Civilehe wird zunächst behauptet, sie verstößt gegen Gottes Gebote und erstickt das christliche Bewußtsein. Ich bin der Anhänger nicht. Die Hierarchie bekämpft sie immer, weil sie die Unterthanen vom Zwang der Geistlichen befreit, und so ist denn der Kampf der staatlichen Partei begreiflich. Ich bin der Überzeugung, daß es dem Christentum nicht schadet, wenn man es nämlich vom Standpunkt der Freiheit aussägt. Das Abergern der Civilehe beruht auf andern Motiven, als den bis jetzt gehörten. Ich weiß Fälle, wo Geistliche den Leuten selbst gerathen haben: trete aus, wir nehmen Euch nachher wieder auf. Ist es denn gerechtfertigt, die Leute ins Concubinat zu treiben? und darum läßt mir's noch gar nicht in den Kopf, daß das Gesetz verworfen werde. Der Kirche hat der Staat Freiheit gegeben, lasse man deshalb auch dem Staat freien Lauf. Ikenplig's und Meding's Ammendment wollen erst dann Civilehe, wenn Verfolgung der Trauung vorhergegangen ist. Aber wie ist die Verfolgung zu konstatieren? So ertheilt auch der Cultusminister nach meinem Dafürhalten mit Recht! Der geistlichen Anarchie ist damit noch gar nicht vorgebeugt. Darum entweder Civilehe in zulässiger Form oder gar keine Civilehe.

Justiz-Minister Simons: Nicht hat die Staatsregierung eine feindliche Stellung gegen die Kirche eingenommen, sie ist nur auf Ausgleich bedacht gewesen. Um größere Konflikte zu vermeiden, ist die Civilehe proponiert und Abhilfe ist dringend nötig. Schon seit Jahren bestehen die Dissidenten auf ihrem Recht, das die Verfassung ihnen zusagt. Der juristischen Kunst wird es ferner nicht gelingen, dem gefundenen Verstande begreiflich zu machen, es sei eine Scheidung allerdings möglich, die Wiederverheirathung aber nicht. Ich werde es für großen Gewinn halten, wenn wenigstens das Ammendment angenommen wird; solche Erklärung wäre als Baustein von erheblichem Werth.

Herr Rupp weiß nach, daß derjenige, der für Civilehe stimmt, nicht gegen die Institution der katholischen Kirche sich auslehnt.

H. Bernice: Was den Konflikt zwischen Staat und Kirche betrifft, so soll Hilfe der Sündhaftigkeit gewährt werden; das aber ist, so weit man auch den Begriff des Staats spannen mag, unzutäglich. Erwähnen wir das Bedürfnis zur Civilehe, so sind die Zahlen, welche die Regierungsvorlage bringt, nur gering gegenüber 18 Millionen Preußen. Durch die Civilehe wird die Ehe überhaupt herabgedrückt und entwürdigt. Ich bin für Verwerfung der Vorlage und aller Ammendements.

Hr. Arnim-Boisenburg: Der Vorredner bezeichnet genau den Standpunkt, den ich einnehmen muß. Die östlichen Provinzen des Landes erkennen kein Bedürfnis der Civilehe an, ferner hat die Kirche eine Trennung vom Staat erforscht, die ich nicht gewollt. Die Kirche soll frei sein in sich, ist aber nicht im Recht, Gesetze zu lassen, die etwas verbieten, was das bürgerliche Recht gestattet.

Es hat vielleicht Manchen befremdet, daß die Leute an ihre politische Pflicht erinnert wurden, welche bereits dem dritten Fürsten dienen. Wir werden unsere Schuldigkeit thun. Es ist nicht nötig, daß das Herrenhaus mit der Regierung fortgehe, ist auch wohl nicht möglich. Das Herrenhaus wird gewiß der Regierung stets Rechnung tragen, aber die Regierung hätte bei dem Entwurf von 1848 bleiben sollen; die heutige Vorlage ist wesentlich anders. Sie ist dem Herrenhause nicht genügend entgekommen, der Herr Minister mutet uns Conservatismus zu, dem wir nicht huldigen können. Ich habe nicht Aufsicht auf dem platten Lande gefunden, von der der Herr Minister wissen will. Die Obrigkeit des platten Landes hat die Revolution i. J. 1848 ohne Mithilfe niedergehalten. Will der nivellirende Liberalismus die gefundenen Zustände ändern, so bietet ich solchem Conservatismus nicht die Hand. Wir wollen jedem sein Recht ungefährdet erhalten.

Minister v. Bethmann-Hollweg: Der Vorredner hat mir Widersprüche vorgeworfen. Ich vorigen Jahre habe ich allerdings mit dem Justizminister Dr. Simons eine Vorlage im Sinne des Ikenplig'schen Ammendements vorbereitet; aber gerade Hr. v. Arnim-Boisenburg verweigerte seine Mithilfe der Regierung, sieht nun aber, daß der Krieg bloß organisiert wird, wenn das Ikenplig'sche Ammendment durchgeht, nicht, daß dauernde Zustände hergestellt werden.

Nach einer Debatte, welche am 2. Tag je 5 Stunden und am dritten Tag eben so lange gedauert hat, wird bei der namentlichen Abstimmung das Ikenplig'sche Ammendment mit 62 gegen 58 Stimmen verworfen. Für das Bander'sche Ammendment erheben sich nur etwa 25 Mitglieder. Für die §§ 1 und 2 der Regierungsvorlage höchstens 12. Es ist somit der Kommission's-Entwurf angenommen. Die Fortsetzung der Debatte, welche sich jetzt nur auf den Abschnitt über die Ehescheidung erstrecken kann, wird morgen erfolgen.

P. B. Zwölftes Sitzung des Abgeordneten-Hauses, den 15. Februar.

Der Bericht der Commission zur Prüfung des Staatshaushaltes über den Etat für 1860, im Allgemeinen, gibt nur infofern zu einer Discussion Veranlassung, als der Abg. v. Prittwitz eine Lanze für die Beamten bricht. Im Interesse des Landes, meint der Herr Abgeordnete, habe er die Scheu überwunden, für die Beamten einzutreten, da er selbst Beamter sei. Die Gehälter der Staatsbeamten sind seit 30 Jahren regulirt worden. Seitdem haben sich die Verhältnisse geändert. Der gute Ruf des preußischen Beamtenthums ist ein guter Anfangsgrund und unter Noth und Entbehrung wird der Anfangsgrund sich bewähren. Es ist aber dennoch bedauerlich, daß die Regierung hat Abstand nehmen müssen und Abstand genommen hat von der Aufbesserung der Gehälter. In einem Augenblide, wo Millionen gespart werden, um einer möglichen in Zukunft von Außen her drohenden Gefahr entgegenzutreten, tritt man von der Heilung eines Schadens, einer inneren Gefahr, die bereits besteht, zurück, um will einige hundert Tausend Thaler sparen und verlangt für ein einziges Reffolt viele Millionen. Bei aller Hingabe für die Umformung der Militärverhältnisse ist dennoch die Nichtberücksichtigung eines notorischen Bedürfnisses zu beklagen und der Abg. von Prittwitz hält sich verpflichtet, dies hier anzusprechen. Er fürchtet, daß das Unheil unheilbar werde und den Organismus des Staates an der Wurzel fasse und die Wurzel zerstöre.

Der Berichterstatter Abg. Österreich beteuert, daß der Vorredner gerade von seinen Grundsätzen der Sparsamkeit in den Ausgaben abwichen ist, es ist jedenfalls möglich, daß ein hoher Beamter mit einem solchen Antrage das Haus und die Regierung in Verlegenheit setze.

Der Bericht über die Stats für die Verwaltung der direkten, der indirekten Steuer und von den Einnahmen und Ausgaben aus dem Salzmonopol führt z. Discussion über den von uns bereits mitgetheilten Antrag des Abg. v. Blankenburg und Genossen in Betref der steuerpflichtigen kaufmännischen und Lieferungsverträge.

Der Abg. v. Blankenburg vertheidigt zuerst seinen Antrag. Die Cabinetsordre vom 30. April 1847 steht fest, daß der Stempel bei kaufmännischen und Lieferungsverträgen von $\frac{1}{2}$ p.C. des Werths auf 15 Sgr. reducirt werde, weil dieser Satz zu hoch sei. Auf diese Weise ist diesen Verträgen eine mit dem Art. 10¹ der Verfassungskunde in Widerspruch stehende Vorzugung zu Theil geworden. Bei der gegenwärtigen Lage der Finanzen ist es im Interesse des Landes geboten, diesen Widerspruch zu beseitigen, wodurch gleichzeitig dem Staate eine bedeutende Mehreinnahme erwachsen wird.

Finanzminister v. Patow: Die Regierung hat die Ueberzeugung, daß diese Frage erst bei dem Erlaß einer neuen Makler-Ordnung erledigt werden könne. Das Motiv, welches bei Erlaß der Allerhöchsten Kabinets-Ordre vom 30. April 1847 maßgebend gewesen ist, daß nämlich die Steuer zu hoch sei, ist noch heut anwendbar. Das Stempelgesetz von 1822 legte solchen kaufmännischen und Lieferungsverträgen einen Stempel von $\frac{1}{2}$ p.C. des Werths auf. Seit 1822 hat übrigens der Börsenverkehr eine solche Ausdehnung gewonnen, daß das, was 1822 ausführlich, heute schwerlich ins Werk zu setzen sein würde. Es kann kein Zweifel darüber obwalten, daß eine große Anzahl von Verträgen nicht abgeschlossen werden werde, wo der Gewinn kaum $\frac{1}{2}$ p.C. des Werhs erreicht, wenngleich würden sie innerhalb der preußischen Staaten nie abgeschlossen werden können und es würde eine Masse von kaufmännischen Geschäften gezwungen sein, ins Ausland zu gehen, wodurch also ein Ausfall herbeigeführt werden würde.

Auch heute ist also die Ermäßigung des Stempel motivirt, sie beeinträchtigt nicht die Staatskasse, und das Zurückgehen zu den früheren Bestimmungen ist eben so unausführbar, als sie zwecklos wäre. Erst wenn die Makler-Ordnung und das deutsche Handelsgesetzbuch erscheinen sein werden, wird es vielleicht möglich sein, der Sache näher zu treten.

Bei der nunmehr weiter gehenden Discussion theilen die Abgeordneten Lamnau und Behrend (Danzig) die Ansichten des Ministers, eben so bis zu gewissen Grenzen der Abg. Hobden, während Herr Reichenberger (Edln.) den Wunsch ausdrückt, daß die Privilegien, welche der Handelsstand allerdings genießt, etwas beschränkt werden mögen. Der Abg. Riedel wirft dem Antragsteller eine falsche Auslegung des § 101 der Verf.-Urkunde vor, und wollte man den vorgeschlagenen Weg einmal betreten, so müsse man weiter gehen und auch den mündlich geschlossenen Verträgen eine Stempelsteuer auferlegen, wie dies auszuführen sei, möchte dem Herrn Finanz-Minister überlassen bleiben.

Abg. v. Blankenburg: Trotz aller vom Finanz-Minister ausgesprochenen Bedenken, ließe sich das Ziel doch erreichen und es ist ausführbar, daß noch vor Ertheilung der Makler-Ordnung der Stempel von 15 Sgr. erhöht werde, ohne gerade $\frac{1}{2}$ p.C. des Werhs zu erreichen. Was die Worte des Abg. Behrend betrifft, daß der Antrag aus einem Lager komme, welches der Industrie immer feindlich ist, so begreife ich eine solche Bemerkung nicht, weil kaufmännische Verträge nicht bloss vom Kaufmann, sondern auch von jedem Andern, vom Rittergutsbesitzer &c. abgeschlossen werden können. Der Antrag kommt allerdings aus einem Lager, von woher man gewöhnt ist, Angriffe auf den Grundbesitz zu hören. Dem Abg. Riedel ist auf seinen Einwand, daß man auch mündliche Verträge besteuern müsse, zu erwidern, daß hier nur von erkennbaren Verträgen die Rede sein kann.

Es wird hierauf noch von dem Abg. Hobden auf den Unterschied aufmerksam gemacht, den man zwischen Differenzgeschäften und dem wirklichen Waaren-Berkehr machen müsse. Es wird der Antrag mit großer Majorität abgelehnt.

Der Bericht der Kommission für Unterrichtswesen wird wegen Abwesenheit des Unterrichtsministers im Herrenhause vertagt. Nächste Sitzung Freitag. Beginn der Debatte über die Grundsteuer.

Deutschland.

Berlin, 15. Februar.

In der gestrigen Sitzung des Herrenhauses überreichte der Minister des Innern eine Vorlage betreffend die Regulirung des städtischen Einzugs- und Haushaltsgeldes. Hiernach soll das Einzugs-Geld betragen für Städte von 2500—10,000 Einwohnern 3 Thlr., von 10 bis 20,000 Einwohnern 6 Thlr., für Städte mit über 20,000 Einwohnern höchstens 10 Thlr., für die Stadt Berlin höchstens 15 Thlr. Das Haushaltsgeld soll gänzlich fortlassen und an seine Stelle nur für Bemittelte und solche Leute, welche die Bedingungen zur Ausübung politischer Rechte erfüllen können, ein Bürgerrechtsgeld treten, und außerdem ein Einfuhs-Geld in seltenen Fällen von solchen erhoben werden, welche bestimmte Vorrechte beanspruchen. Die Vorlage wird der Commission für den Antrag des Freiherrn von Senfft-Pilsach, welcher denselben Gegenstand betrifft, überwiesen; es wird jedoch den Abtheilungen überlassen, diese Commission durch eine Wahl städtischer Mitglieder zu vermehren.

In der Einleitung zu dem Gesetz-Entwurf wird ausgeführt, daß die Beschwerden gegen diese Abgaben vielfach als begründet anerkannt werden müssen. Die Regierung hat sich daher zur Aufgabe machen müssen, den Beschwerden näher zu treten und sich zu fragen, nach welcher Richtung hin Abhilfe zu schaffen ist. Sie ist dabei zu der Ueberzeugung gelommen, daß es ihr nicht möglich sei, die Frage nach der Richtung hin zu lösen, welche in dem Herrenhause früher Anfang und bereits in einem förmlichen Antrage (dem des Herrn von Senfft) — das Einzugs-Geld auch für die Landgemeinden einzuführen — aufgedrängt gefunden hat. Es läßt sich nicht verkennen, daß mit der Einführung dieser Abgabe das Prinzip der Freizügigkeit verletzt ist und es liegt nicht in der Absicht der Regierung, auf Anträge einzugehen, welche eine noch weitere Verlehrung dieses Princips involvieren, man würde zuletzt dahin kommen, daß alle diejenigen, welche nicht im Stande seien würden, die Abgabe zu erlegen, überhaupt an die Scholle gebunden sind. Auf der andern Seite aber hat die Staatsregierung nicht geglaubt, daß einmal durch die Städte-Ordnung den Städten gegebene Rechte wieder aufzuhören zu dürfen; sie hat sich vielmehr darauf bekräftigt, dieses Recht in bestimmte Grenzen einzuziehen.

Nach der „Volks-Zeitung“ konzentrierte sich in der Sitzung des Herrenhauses am 14. das Hauptinteresse um die Reden des Dr. Stahl und des Ministers v. Bethmann. Stahl erklärt sich prinzipiell gegen die Civilehe als eine unchristliche Institution, durch welche das allgemeine Bewußtsein der Nation von der Heiligkeit der Ehe erschüttert werde. Herr von Bethmann bekämpft hauptsächlich den falschen Conservatismus und den Geist der Unduldsamkeit, welcher sich dem Geiste entgegenstellt. Am Schlusse der Rede macht sich mit einem Male ein bedeutes Klappen der Stühle und Pulse hörbar; bei einer Stelle, in welcher der Minister Herrn Stahl Infonsequenz vorwirft, erhebt sich lautes Murmeln. Herr Stahl hatte im Oktober 1849 in der ersten Kammer selber die Einführung der facultativen Civilehe beantragt und mit berechten Worten als einen großen Fortschritt vertheidigt. Er konnte dies nicht leugnen und vertheidigte sich heute mit großem Aufwande talmudistischer Rabbinist. Als Herr von Bethmann ihm den Vorwurf mache, schwang er sich mit Lebhaftigkeit auf die Tribune, um die Anklage auf die Gegner zurückzuwerfen. Nicht er, sondern der Minister habe seine Ansichten geändert. Die Scene wurde sehr lebhaft, die „Herren“ (vor Allen Senfft-Pilsach) waren von Entzücken außer sich und sammelten sich haufenweise um den Minister, gegen welchen nun von den Herren Brüggemann und Ikenplig Angriff geschleudert wurde. Herr von Bethmann antwortete schließlich: Über seine Wandelbarkeit oder Unwandelbarkeit wolle er das Haus nicht mit Verlehrungen behilfigen, könne es auch nicht als kompetentes Forum anerkennen. In der Zeit der Revolution habe er Farbe gehalten, ebenso aber auch in der Zeit, welche in das entgegengesetzte Extrem verfallen sei und er sei stolz darauf, mit seinen jetzigen Kollegen an demselben Tisch zu sitzen.

Der „K. Z.“ wird von hier telegraphirt: Die Nachrichten aus Paris, wonach die vier Großmächte ohne Österreich konferieren wegen der englischen Vorschläge abhalten sollen, werden hier als durchaus unbegründet betrachtet.

Wien. Durch Allerhöchste Entschließung ist allen jenen aktiven Offizieren, welche wegen der eingetreteten friedlichen Verhältnisse und wegen Einführung des Avancementes es vorzieben, ihr Fortkommen im Civilstande zu suchen, die Charge = Quittung ohne Beibehalt des Militär-Charakters gegen Abfertigung mit einer zweijährige Gage gestattet.

Der Loast, welcher in Graz bei dem letzten Festmahl der steier-

märkischen Landwirtschafts-Gesellschaft vom Sekretär derselben, Dr. Fr. Huber, ausgebracht wurde, lautete nach dem Wochenblatte: „Jeder Österreicher, der sein Vaterland wahrhaft liebt, muß wünschen, daß die Bedingung der Kräftigung, der dauernden Existenz seines Vaterlandes bald vernünftig werde, und daher soll diese Bedingung, d. i. die Verfassung oder Constitution, hoch leben.“

** Wie uns soeben aus Coburg, 13. Februar mitgetheilt wird, ist in der heutigen Sitzung des Sonderlandtags folgender Antrag von Streit in der deutschen Frage einstimmig zum Besluß erhoben:

„In Erwägung, daß die Sicherheit der öffentlichen Rechtszustände in jedem der deutschen Bundesstaaten im Interesse aller übrigen liegt; in Erwägung, daß diese Rechtsicherheit und eine gedeihliche Entwicklung der deutschen Nationalwohlfahrt in jeder Beziehung, ebenso wie der wirksame Schutz gegen die nur allzu nahen Gefahren von Außen nur in einer wesentlichen Umgestaltung der deutschen Bundesverfassung gesunden werden kann; in Erwägung, daß diese Umgestaltung nur möglich ist, wenn alle deutschen Stämme und deren Regierungen von ihren Sonderinteressen und hergebrachten Rechten losgelöst aufgehen, als das höhere Gesamtinteresse des gemeinsamen Vaterlandes von ihnen gebietserfordert, und daß die hierfür zu bringenden Opfer, ohne Unterschied der Macht- und Größe-Verhältnisse, ebenso in der Pflicht wie in dem Berufe aller deutschen Volksstämme und deren Regenten gegründet und allein geeignet sind, durch Sicherung der gegenseitigen Achtung und des Vertrauens zwischen den Regierenden und Regierten in Deutschland, äußerer, wir inneren Stürmen mit sicherem Erfolg bei Seiten vorzubeugen; so wie in weiterer Erwägung, daß diese, als dringendstes Bedürfniss sich darstellende, Umgestaltung unserer deutschen Bundesverfassung im Wesentlichen in der Schaffung einer kräftigen Bundescentralgewalt und einer ihr zur Seite stehenden deutschen Volksvertretung besteht und daß die hierfür zu bringenden Opfer der Einzelstaaten ohne Gefährdung für deren übrige Rechte und Eigenthümlichkeiten, auf mehr nicht als auf die Abtreter der wenig wirksamen diplomatischen Sondervertretung nach Außen und der militärischen Führung an die Bundescentralgewalt sich erstrecken; und in endlicher Erwägung, daß es bei der dermaligen Lage des Gesamt-Vaterlandes und der demselben drohenden Gefahren die unerlässliche Pflicht der Volksvertretung jedes, auch des kleinsten deutschen Einzelstaates ist, das, was dem Vaterlande Noth thut, und aller Orten von der ganzen deutschen Nation mit starker Einmuthigkeit gefordert wird, offen und freimüthig zur Kenntnis der Einzelregierungen zu bringen;“

- 1) der gemeinschaftlichen herzoglichen Staatsregierung für ihr Eintreten bei der deutschen Bundesversammlung für das gekränkte öffentliche Recht in Kurhessen und zu Gunsten der Wiederherstellung der Verfassung von 1831 aufrechtige Anerkennung und zugleich mit allem Vertrauen die zuverlässliche Erwartung auszusprechen, es werde dieselbe zu ihrem Theile in gleicher Weise auch für das schwer gebiegte deutsche Recht in Schleswig-Holstein eintreten;
- 2) sodann aber den das Herzogthum Coburg im gemeinschaftlichen Landtag der beiden Herzogthümer Coburg und Gotha vertretenden Mitgliedern des biegsigen Sonderlandtags es dringend zu empfehlen, den demnächst zusammentretenden gemeinschaftlichen Landtag zu einem Besluß zu vermögen, welcher an die, die beiden Herzogthümer beim deutschen Bunde vertretende, gemeinschaftliche herzogliche Staatsregierung das Gesinnen richtet:

„zu ihrem Theil allen ihren Einfluß bei den übrigen am Bund vertretenen deutschen Einzelregierungen aufzubieten, und dazu den diesseitigen Bundestagsgesandten geeignet zu instruiren; daß eine deutsche Bundes-Centralgewalt geschaffen und ein deutsches Parlament einberufen werde.“

England, 13. Febr. Auf nächsten Mittwoch ist dem „Morning Herald“ zufolge eine Versammlung der Anhänger Lord Derby's anberaumt, in welcher dieselben die von ihnen in der Budget-Debatte zu beobachtende Haltung berathen wollen.

Mit Bezug auf die Savoyen betreffende Oberhaus-Debatte bemerkt der „Examiner“: „Wir können nicht in das Verdammungs-Urtheil einstimmen, welches der Hezog von Newcastle über die energische Sprache fällt, in der Lord Shaftesbury gegen die beabsichtigten Übergriffe Frankreichs protestierte. Lord Shaftesbury hat niemals Worte geaprochen, die vollständig in Einklang mit den Gefühlen des englischen Volkes stehen. Die Freiheit auf dem ganzen Erdalte protestiert mit dem edlen Lord gegen die angebrochene Verdrachterung von Menschenrechten.“

In einem Halle wie der vorliegende kann es gar keinen starken Protest geben, und wir freuen uns von Herzen darüber, daß dieser Protest erhoben wurde, ohne andererseits den Mitgliedern der Regierung einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie sich der angemesseneren und vorstichtigeren Sprache bedienten, wie sie Ministern ziemt.“

Paris, 14. Februar. Sich. rem. Vernehmen nach werden die französischen Kammern erst am 1. März eröffnet werden, weil man noch den Verlauf, den die Dinge in England nehmen werden, abwarten will. — In Rom und Neapel kommen viele Recruten aus Österreich und Bayern an. Die neapolitanische Armee, die sich fortwährend auf Kriegsfuß befindet, macht ohne Unterlaß Marsche und Gegenmarsche. — Das Lager von Châlons soll dieses Jahr von 60- bis 80,000 Mann Truppen bezo gen werden. — Louis Buillot wird als Director der römischen Eisenbahnen ein Gehalt von 20,000

gegen spricht man von einer in Neapel übergebenen französischen Note, worin ziemlich deutlich auf die Nothwendigkeit schleuniger Reformen in der Administration und Constitution hingewiesen würde. — Nach dem letzten Monatsberichte des Gens-d'armen-Generals Delarue, worin dem Kaiser die Quintessenz der von sämtlichen Offizieren und Brigade-Commandanten der Gens-d'armee eingelaufenen Berichte vorgelegt wird, soll die allgemeine Stimmung in Frankreich von einer großen Verlegenheit (perplexité) zeugen. Die politischen und religiösen Befürchtungen seien allenfalls stärker, als die durch die Zollreformen hervorgerufen.

— Mit einem hiesigen Bankhause hat die päpstliche Regierung eine Auktion von 50 Millionen abgeschlossen.

Italien.

Turin, 11. Februar. (A. 3.) Man scheint sich endlich geeinigt zu haben, und das neue Votum zur National-Versammlung wird entweder auf Grundlage des alten Wahlgesetzes oder des neuen sardinischen, wie in Bologna, erfolgen. Ledermann, der Steuer zahlt, ist Wähler. Eine breitere Grundlage ist unter den gegebenen Verhältnissen kaum zu wünschen. Nach den Nachrichten, welche ich Ihnen gestern mitgetheilt habe und die man mir heute bestätigt, werden die Wahlen erst nach dem Zusammentreffen der Conferenzen und nach geschehener Wahl der Commisare vor sich gehen. Nicasoli wird in diesem Falle die alte Versammlung einberufen, um von ihr eine Auflösung und das Zugeständnis neuer Wahlen zu verlangen. Der König wird seinerseits, so heißt es, eine Proclamation veröffentlichen, worin er die Bewohner Italiens einlädt, sich in das Verlangen einer neuen Prüfung zu schicken. Diefelbe soll schon abgesetzt sein und nächste Woche erscheinen. Der König wird ungefähr sagen: „Ich habe meine Pflicht gegen Mittel-Italien erfüllt, Mittel-Italien mag die seine thun und zur Ehre Italiens zeigen, daß es weder eine neue Prüfung noch die von Europa verlangte Controle scheue.“ — Die Kriegsgerüchte haben noch immer nicht aufgehört.

— Am 9. Februar traf aus Venetia in Triest wieder ein Transport von Gefangenen, die ins Innere der Monarchie geschleppt werden, ein; diesmal waren es jedoch „nur“ fünfzig, wie die wiener „Presse“ bemerkt.

Spanien.

Aus Madrid, 13. Februar, wird telegraphisch gemeldet, daß O'Donnell durch Tagesbefehl die Erklärung gegeben hat, er werde die Offensive fortsetzen, bis der Feind um Gnade flehe. „Spanien“, setzt der Marshall hinzu, „weiß die ihm zugefügten Beleidigungen zu rächen und sich für die gebrachten Opfer schadlos zu halten.“ In Madrid sind bereits die Sieges-Trophäen eingetroffen und mit Begeisterung aufgenommen worden. Die am 4. Februar besiegte marokkanische Armee war etwa 30,000 Mann stark, die in fünf verschiedenen Lagern standen. Das erste Corps bildeten Elite-Truppen und einige Kabylen, die bedeutend durch die spanischen Kartätschen gelitten haben, zuerst Reisaunahmen und die übrigen Corps in Uniform brachten. Das Heer stob nach erfolgter Niederlage nach drei Richtungen aus einander: ein Theil warf sich in die Kasba von Tetuan, die bekanntlich erst am 6. von den Spaniern besetzt wurde, ein anderer floh ins Riff, ein dritter auf der Tezer Straße nach dem Innern des Reiches. Die Brüder des Kaisers ergriffen in letzter Richtung mit einem Haufen der schwarzen Leibgarde die Flucht ganz zuerst. O'Donnell will in Tetuan eine Besatzung lassen und erst Rabat nehmen, ehe er auf Tanger losgeht. Das Decret der Königin, wodurch O'Donnell zum Herzog von Tetuan und Granden erster Klasse erhoben wird, ist vom 7. Februar datirt. Die Verleihung erfolgte kostenfrei und lautet auf ihn und seine Descendenten.

Russland.

St. Petersburg, 8. Februar. Die Senats-Zeitung veröffentlicht den vom 26. Januar datirten kaiserlichen Erlass über die Umgestaltung des Censurwesens. Der selbe lautet in seinen wesentlichen Bestimmungen: „Wir haben in Betracht der raschen Entwicklung der nationalen Literatur und des wachsenden Imports fremder Bücher für gut befunden, der Censur eine Einrichtung zu geben, welche ihren gegenwärtigen Erfordernissen besser entspricht, und befehlen deshalb: 1) Die jetzige General-Direction der Censur wird reorganisiert und unter dem Voritz des Ministers des öffentlichen Unterrichts aus den im dem heut bestätigten Stat genannten und den von uns persönlich gewählten Mitgliedern bestellt. 2) Die General-Direction der Censur soll ihre eigene Kanzlei erhalten. 3) Für die Censur-Comit's von St. Petersburg und Moskau werden eigene Präsidenten ernannt und die Curatoren der Lehrbezirke von St. Petersburg und Moskau werden von dem Voritz in diesen Comit's enthoben. 4) Alle Local-Censur-Comit's und einzelne Comit's werden der General-Direction untergeordnet, in welcher zur definitiven Entscheidung alle die innere und äußere Censur im Reiche befreifenden Angelegenheiten und Fragen zusammenstehen, die in den anderen Verwaltungszweigen aufgetaucht sind.“ Das Principe der bisherigen Censurverwaltung ist also nicht geändert.

Danzig, den 16. Februar.

* Gestern Nachmittags 2 Uhr starb nach schwerem achtwöchentlichem Krankenlager, im eben angetretenen 78sten Lebensjahr, Ihre Durchlaucht Frau Caroline, Prinzessin zu Hohenzollern-Hedingen. Die hohe Verstorbene, eine langjährige Bewohnerin unserer Stadt, war eine geborene Freiin von Weiher und die Witwe des am 6. November 1827 hier selbst verstorbene Königl. Preuss. Generalmajors, Prinzen Hermann zu Hohenzollern-Hedingen.

* Die königl. Regierung zu Marienwerder hat unterm 8. d. die Bestimmung erlassen, daß in ihrem Bezirke die niedere Jagd in diesem Jahre mit dem 20. Februar zu schließen ist.

* Herr Bürgermeister Gehrke in Schwerin ist als solcher auf sechs 12 Jahre gewählt und bestätigt worden. Ebenso hat die Wahl des Apotheker Casten zu Schleswig auf 6 Jahre die Bestätigung erhalten.

* In Heilsberg hat der Kreistag für die Vorarbeiten zur Königsberg-Thorner Eisenbahn 1000 R. bewilligt.

** Aus Warschau wird berichtet, daß dort bei anhaltendem Frost reichlich Schnee liegt. Die Temperatur war am 13. Mittags — 4° R. am 14. — 6° R.

* Der gestrige Combinations-Ball im Schützenhause entsprach in jeder Hinsicht den Erwartungen, mit welchen das Publikum sich außerordentlich zahlreich in den höchst geschmackvoll decorirten Räumen eingefunden hatte. Schon vor 8 Uhr war der Besuch so stark, daß die Tanzordnung plötzlich ihren Anfang nehmen konnte. Die hintere Spiegelwand des Saales hob den Glanz der ganzen Festlichkeit außerordentlich, und sowohl die Decorirung durch Blumenmalbungen, (vom Gärtner Radice), Tapizerarbeiten u. s. w. wie auch alle weiteren Arrangements: der Tänze, der Restauration &c. dokumentirten das Verständniß und den Geschmack der Unternehmer. Der Ball kann jedenfalls als einer der glänzendsten bezeichnet werden, welche in Danzig stattgefunden haben. Eine eingehendere Befreitung werden wir im Feuilleton d. Ztg. bringen.

+ Gestern ereignete sich in einem hiesigen Hotel, daß ein dort logierender Fremder in einem Anfall von Geisteszerrüttung zum Fenster hinauskletterte. Auf die heftigen Zurufe der unten vorübergehenden begab sich der Unglückliche wieder in sein Zimmer zurück.

* (Traject über die Weichsel) Den 16. Februar:
Zwischen Terespol-Golm zu Fuß über die Eisdecke bei Tage und Nacht.
= Warlubien-Graudenz mit Fuhrwerken aller Art über die Eisdecke.
= Czerwink-Marienwerder mit Fuhrwerken aller Art über die Eisdecke.

* Die in Nr. 517 gegebene Notiz über die Termine zur Prüfung der einjährigen Freiwilligen ist dahin zu ergänzen, daß die Verordnung für das Departement Marienwerder-Graudenz gilt.

□ Thorn, 15. Februar. Gestern ist das Eis der Weichsel hier zum Stehen gekommen und findet der Trajet nur für Fußgänger auf über die Eisdecke gelegten Brettern statt. Gleichzeitig stieg das Wasser wahrscheinlich durch Rückstaun, um drei Fuß, und ist jetzt im langsamen Fallen.

Auf dem heut hier abgehaltenen Kreistage präsidirte schon der gestern hier als Landratsamts-Berweser eingeführte Regierungs-Assessor Steinemann aus Werderburg. Die Anträge des Comit's für die Thorn-Königsberger Eisenbahn fanden eine günstige Aufnahme, doch mußte aus formalen Gründen die Beschlusssfassung bis zur nächsten Sitzung verschoben werden.

* Königsberg, 15. Februar. Der Kaiser von Russland hat für den hohen Preis von 2500 Pfd. Sterl. in England ein Race-Jagdpferd ankaufen lassen, das vorgestern pr. Eisenbahn in Begleitung eines russischen Gestüts-Inspectors und zweier Stallknechte zur Weiterbeförderung hier eintraf. Das Pferd, ein brauner Hengst, ist neunjährig und soll im kaiserlichen Gestüt verwendet werden. — Gestern sah man einen starken Eisenbahngang mit 2 Lokomotiven auf der Gotthardbahnlinie von hier abgehen.

— Da bei einigen in letzter Zeit von den Baptisten vorgenommenen öffentlichen Taufakten durch den rohen Panhagel wiederholt Exzesse verübt wurden, so geschehen fortan derartige kirchliche Handlungen der genannten Secte unter polizeilichem Schutze.

* In Königsberg fand am 14. ein gräßliches Feuer statt. Wir erhalten über dasselbe folgenden Bericht:

Nachdem unsere Feuerwehr seit vier Tagen täglich Alarminnungen durch stattgefundene Schornsteinbrände erfahren hatte, und gestern erst Abends 9½ Uhr aus der Königsstraße Nr. 62 zurückschickte, wurde selbiges nach der Koggengasse Nr. 31 alarmiert. Schon von Weitem kündete die durchs Dach herauschlagende Flamme einen größeren Brand an. Bei Ankunft der Feuerwehr auf der Brandstelle standen bereits die Treppen-, Wand- und Deckenaalungen und der Dachstuhl in Brand. Der energischen schnellen Hilfe ist wohl das günstige Resultat dieses Brandes, vor Alem aber die Erhaltung zweier Kinder, die bereits im tiefen Schlaf lagen, und deren Bettvorhänge schon von den Flammen ergriffen worden, zu verdanken, sie wurden wohlbehalten über die bereits brennenden Treppen in Sicherheit gebracht. Dem guten Beispiel des voranleitenden neuen Branddirectors folgte die Mannschaft in edlem Wetteifer und wollen wir dem jungen Institut unsere Anerkennung für die glücklich vollbrachte Befestigung der drohenden Gefahr nicht v. z. sagen.

Handels-Zeitung.

Handels-Bericht der Altesten der Danziger Kaufmannschaft pro 1859.

Danzigs Geschäftstätigkeit ist im vergangenen Jahre eine recht erhebliche gewesen. Sie steht am Umfang fast leider der Vorjahre nach, das beweist die Zahl der ein- und ausgegangenen Schiffe; es sind 1848 Schiffe eingetragen und 1859 Schiffe ausgegangen. Weniger günstig müssen wir über die Ergebnisse dieser Tätigkeit berichten.

Am Schluß des Jahres 1858 hatte man der Hoffnung Raum gegeben, daß die Folgen der verheerenden Krise des Jahres 1857 glücklich überwunden seien, daß Handel und Industrie aller Orten sich aufs Neue beleben und daß bei wiederkehrendem Vertrauen das Ausland Begehr für unsere Exportartikel zeigen würde. Die ersten Monate von 1859 haben auch eine der Jahreszeit angemessene Thätigkeit sich entwidelt, ein milder Winter hatte die frühe Eröffnung der Schifffahrt und die zeitige Ablassung der Productivtransporte von den polnischen Gewässern begünstigt. Doch ehe diese Produkte in größerem Umfange unserm Ort erreichten, traten politische Verhältnisse unserm Verkehr störend in den Weg. Der italienische Krieg hatte begonnen und mit ihm kam die Bevorsicht auf, daß Preußen nicht lange von dem Kampfe würde ferne bleiben können. Die Monate April, Mai und Juni, sonst die wichtigsten für unsern Export, wurden von unserm Handelsstande fast nur zur Abwidlung der eingegangenen Engagements benutzt; neue Unternehmungen, mit Ausnahme einiger spekulativen Anläufe von Getreide, welches in Folge der Kriegsergebnisse plötzlich sehr in die Höhe gegangen war, unterblieben fast gänzlich, und angstlich war man bemüht, die hier befindlichen Getreide- und Holzläger durch schleunige Verschiffung in Sicherheit zu bringen. Solche configurationsweise Versendungen konnten ohne weSENTLICHE Verluste nicht abgehen, und sie sind es vorzugsweise gewesen, welche den Gewinn des Jahres gleichmäler.

Erst mit dem Friedensschluß von Villafranca regte sich die Unternehmungslust aufs Neue; eine glücklich eingebrochene Getreideernte brachte uns noch im Herbst bedeutende Beführungen, und die Verschiffungen aller Waaren wurden see- und stromwärts bis zu dem Anfangs Dezember erfolgten Schluß der Schifffahrt mit großer Lebhaftigkeit und mäßigem Nutzen für die Beteiligten betrieben.

Konnten wir nun auch kein erfreuliches Bild von den Resultaten des vergangenen Geschäftsjahrs entwerfen, so befinden wir uns eben so wenig in der Lage es auszusprechen, daß diejenigen Werke erheblich gefördert worden sind, welche, wie wir in unserm letzten Jahresbericht erwähnt, geeignet sind, Danzigs neues Aufblühen herbeizuführen.

Wir haben in diesem besonders hervorgehoben, daß

1) eine Regulirung des Strombettes der Weichsel in Preussen und Polen;

2) eine Vervollständigung des Eisenbahnnetzes, welches uns mit den übrigen Provinzen, mit Russland und dem Meere in Verbindung steht, ein unabsehbares Bedürfnis sei.

Das hohe Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten hat in dem unterm 3. Juni uns darauf ertheilten Bescheide die Rücksicht und Nothwendigkeit der Stromregulirung der Weichsel auch anerkannt, aber darauf hingewiesen, daß die Beschränktheit der zu Stromregulirungen verfügbaren Fonds es bisher nicht gestattet habe, eine vollständig zusammenhängende Regulirung der ganzen preußischen Weichsel in Angriff zu nehmen, in Betreff der Verbesserung der Weichsel über das preußische Staatsgebiet hinaus jedoch die dermaligen Zeitverhältnisse nicht geeignet seien, des Nähern darum einzugehen.

Dieser Bescheid eröffnet uns die traurige Aussicht, daß nach wie vor nur solche Summen für die Stromregulirung verwendet werden dürfen, welche, wie die Erfahrung lehrt, sich als ganz unzulänglich erwiesen haben, wir würden nur ermüden, wollten wir immer von Neuem nachweisen, welchen unenormalen Schaden der Verkehr mit unserm reichen Hinterlande Polen in jedem Jahre in Folge der Unsicherheit der Schifffahrt auf der Weichsel zu leiden hat, und wie selbst der weite Eisenbahnbogen von Hamburg über Sachsen und Schlesien benutzt werden müste, um Waaren, welche nicht mit Sicherheit auf die Wasserstraße reden können, an ihrem Bestimmungsort zu bringen, hoffen wir daher, daß die hohen Behörden in richtigem Würdigung der Verhältnisse auch außerordentliche Geldopfer nicht scheuen werden, um eine zusammenhängende Regulirung der preußischen Weichsel zu ermöglichen und daß sie ebenso den gegenwärtigen Zeitpunkt des Friedens für geeignet halten, um auch ein Zusammenvirten Russlands, welches, wie uns bekannt, die Wichtigkeit dieser Frage wohl anerkennt, zur Verbesserung dieser Wasserstraße herbeizuführen.

(Fortsetzung folgt.)

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 16. Februar. Aufgegeben 2 Uhr 30 Minuten.

Angekommen in Danzig 3 Uhr 30 Minuten.

		Brez. Rentenbriefe	92	92
Roggen, höher	47½	3½ % Wstpr. Pfandbr.	81½	81½
loco	46½	46½	Optr. Pfandbriefe	81½
Febr.-März, . . .	46½	46	Franzosen	130½
Frühjahr	16½	16½	Norddeutsche Bant	82½
Spiritus, loco	10½	10½	Nationale	58½
Rüböl, Frühjahr	84½	84½	Poln. Banknoten	86%
Czerwink-Marienwerder	—	99½	Pols. Banknoten	96½
4½ % 56r. Anleihe	—	99½	Danziger Wechsel	96½
Neuste 5% Br. Anl.	104½	104½	Wechselkurs London	6. 17½ 6. 18

Hamburg, den 15. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco und ab Auswärts fest zu letzten Preisen. Roggen loco unverändert, ab Auswärts unverändert und ob e Umsatz. Del Mai 24, October 25%. Kaffee, Markt fest. 1200 Sac Santos zu 6½ à 6¾, eine Ladung Dömingo zu 6½ verkauft. Binf. 2000 Et. umgeleist, loco zu 13%.

Amsterdam, den 15. Februar. Getreidemarkt. Weizen unverändert, Roggen unverändert, Termine 3 Gulden niedriger. Rap. Frühjahr 4 nominell, October-November 67. Rüböl Frühjahr 37%, Herbst 38%.

London, 15. Februar. Getreidemarkt. Weizen zu außersten Montagspreisen verkauft, Frühjahrsgetreide fest und unverändert. London, den 15. Februar. Consols 94½, 1% Spanier 33½, Meridianer 21, Sardinier 84½, 5% Russen 109½, 4½% Russen 97½.

Liverpool, den 15. Februar. Baumwolle: 6000 Ballen Umsatz, Preise gegen gestern unverändert.

Paris, 15. Februar. Schluss-Course: 3% Rente 67, 65, 4½% Rente 97, 35, 3% Spanier 43%, 1% Spanier 33%, Silberanleihe 738, Dester. Staats-Eisenbahn-Aktien 495. Credit mobilier-Aktien 738, Lomb. Eisenbahn-Akt. 543.

Producen-Märkte.

Danzig, 16. Februar. Bahnpreise. Weizen 129/130 - 133/140 von 71/72 - 76/78 R. gläsig und dunkler 128 - 133/140 von 71/72 - 80 R. fein, hochbunt, hellgläsig und weiß 132/3 - 135/6 à 81 - 82 - 83/85 R. Roggen 50 - 50½ R. für 125 à für jedes S. mehr oder weniger Differenz.

Erbse von 51/52 - 55/56 R. kleine 105/8 - 110/112 von 39/41 - 42/44 R. große 110/112 - 116/19 à von 44/47 - 50/54 R. nach Qualität.

Hafer von 24/25 - 28/29 R. Spiritus einige Partien zu umbelamtem Preise gehandelt, aber auch zu 15% R. verkauft.

Getreidebröde Wetter: mäßiger Frost. Wind: SW. Der heutige Markt machte sich wiederum durch hohe Forderungen für Weizen bemerkbar, für Mittelgüter verhinderten dieselben Geschäftsabschlüsse, dagegen war für feine, frische und alte würdige Qualität recht rege Frage, und die dafür bezahlten Preise sind reichlich im Verhältnisse zum Dienstag.

Verkauft sind heute am Markte 115 Lasten theils Befuhr, theils vom Speicher gefeuert, doch

